

**Student*innenparlament Marburg
- Vorstand -
Erlenring 5
35037 Marburg**

**Telefon: (06421) 1703-0
Telefax: (06421) 1703-33
stupa@asta-marburg.de**

asta-marburg.de/stupa



Marburg, den 23.10.2019

Antisemitische Kampagnen boykottieren, die BDS-Kampagne verhindern

1. In Vergangenheit und Gegenwart diente Antisemitismus als ideologische Grundlage antidemokratischer Bündnisse. In Anerkennung dieser Tatsache stellen wir uns unterschiedslos gegen jeden Antisemitismus, egal ob er der politischen Rechten, der politischen Linken, der Mitte der Gesellschaft oder dem islamistischen Spektrum zuzuordnen sind.
2. Die IHRA Antisemitismusdefinition [1] , welche auch die Bundesregierung verabschiedet hat, bietet eine klare Grundlage zur Identifikation von Hass gegen Jüd*innen und ein wichtiges Werkzeug bei seiner Bekämpfung. Dabei spielt der israelbezogene Antisemitismus eine herausragende Rolle. Wir begrüßen die IHRA Antisemitismusdefinition ausdrücklich und möchten sie an allen Universitätsstandorten etabliert sehen. In unseren Organisationen findet sie Anwendung und wird in Bildungsangeboten den Student*innen vermittelt. Jüdisches Leben auf dem Campus darf nicht gefährdet sein, jüdische Student*innen müssen sich an der Universität sicher fühlen können.
3. Die Erforschung des Antisemitismus, seiner Genese und seiner Wirkweise, sowie die Vermittlung entsprechender Erkenntnisse an Multiplikator*innen und Entscheidungsträger*innen sind für die erfolgreiche Bekämpfung von höchster Wichtigkeit. Wir setzen uns deshalb dafür ein und fordern mittelfristig einen Lehrstuhl im Themenbereich Antisemitismusforschung an der Philipps-Universität Marburg zu etablieren.
4. Das Student*innenparlament der Philipps-Universität Marburg positioniert sich klar gegen die Bestrebungen der BDS-Kampagne. Das Student*innenparlament setzt sich gegen jegliches Auftreten dieser und ähnlicher Kampagnen ein, sei es in Form von Werbeflyern, Veranstaltungen oder Ständen an der Philipps-Universität Marburg sowie im weiteren Stadtgebiet und verweigert

ihnen die Anerkennung als studentische Initiative. Weiterhin werden Veranstaltungen mit Referent*innen, die BDS unterstützen, fortan nicht mehr durch den AStA finanziell oder durch Räumlichkeiten, Druckmöglichkeiten etc. unterstützt. Des Weiteren fordert das Student*innenparlament alle seine Kooperationspartner*innen auf, ebenfalls eine Zusammenarbeit auszuschließen.

5. Der StuPa-Vorstand wird dazu aufgefordert Vertreter*innen der jüdischen Gemeinde zum Thema Antisemitismus sowie BDS zu einer Sitzung des Student*innenparlament einzuladen.

[1] <https://www.holocaustremembrance.com/de/node/196>

-Der Vorstand des 55. Student*innenparlaments-